

NIEDERSCHRIFT

über die 33. Beratung des Finanzausschusses am 09.08.2012

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 22:45 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses nach der Sommerpause und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 5 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:

Herr Baumgraß
Herr Burkardt
Frau Brüske-Dierker

TOP 2 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 09. August 2012

Herr Warnick informiert vorab, dass, zum Tagesordnungspunkt 10, Vertreter der Schulkonferenz der Steinweg-Schule und die Architektin Frau Bertsch anwesend sind und Rederecht beantragen.

Des Weiteren merkt er an, dass die Drucksache DS-Nr.: 096/12 (Neuerstellung eines qualifizierten Mietspiegels Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf für den Zeitraum ab 2014) im Finanzausschuss behandelt werden müsste, dies aber in der Beratungsfolge so nicht vorgesehen war. Die Drucksache wird daher in der Septembersitzung auf der Tagesordnung stehen.

Herr Tauscher macht darauf aufmerksam, dass die Drucksache DS-Nr.: 107/12 (Grundsatzbeschluss zum "Straßenbau Erlenweg" zwischen Heinrich-Mann-Straße und Kiefernweg) ebenfalls auf der heutigen Tagesordnung fehlt. Er sieht es jedoch als zwingend notwendig an, dass diese heute beraten und ein entsprechendes Votum abgegeben wird.

Frau Schwarzkopf schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 15 (Information zur Eckwerte-Haushaltsplanung 2013 ...) vorzuziehen. Weiterhin sollte der Tagesordnungspunkt 10 (Änderung des Errichtungsbeschlusses DS-Nr.: 158/11 für die Errichtung eines

2-geschossigen Anbaus an der Steinweg-Schule) vorgezogen werden, da dazu Gäste anwesend sind.

Herr Tauscher sieht keine Notwendigkeit darin, den Tagesordnungspunkt 15 (Information zur Eckwerte-Haushaltsplanung 2013 ...) vorzuziehen.

Die Drucksache DS-Nr.: 107/12 (Grundsatzbeschluss zum "Straßenbau Erlenweg" zwischen Heinrich-Mann-Straße und Kiefernweg) sollte aus Sicht von Herrn Tauscher aber auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden.

Herr Harmsen schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 15 und 16 zu tauschen.

Frau Grohs teilt dazu mit, dass der Tagesordnungspunkt 16 (Erster Quartalsbericht im Jahr 2012) nicht von der Verwaltung eingebracht wurde, sondern von Herrn von Wnuk-Lipinski vorgeschlagen wurde.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Der TOP 10 wird vorgezogen auf den neuen TOP 5. Die Drucksache 107/12 wird neu auf die Tagesordnung als TOP 15 behandelt. Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Herr Warnick stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 09. August 2012 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

TOP 3	Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses vom 24. Mai 2012
--------------	---

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24. Mai 2012 wird festgestellt.

TOP 4	Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom 24. Mai 2012
--------------	--

	aus dem Protokoll Nr. 32	
F 70/32.12	Die Verwaltung möge die von Herrn Dr. Buchelt gemailten Fragen (Kammerspiele) und deren Beantwortung an die Finanzausschussmitglieder verteilen.	Termin: 09.08.2012 Frau Grohs erledigt; per Post am 02.08.2012

Herr Tauscher dankt Herrn Günther vom Rechnungsprüfungsamt für diese Fleißarbeit.

Die CDU-Fraktion schließt sich jedoch der Schlussempfehlung so nicht an. Sie empfiehlt der Verwaltung, von einem externen Sachverständigen prüfen zu lassen, ob die Zuwendungen bei der EU angemeldet werden müssen.

TOP 5	Beschluss über den Zuschuss der Gemeinde und die Vergaberichtlinie zum Belegungsrecht "Barrierefreies Wohnen" in der Heinrich-Heine-Straße	DS-Nr. 106/12
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Kleinmachnow gewährt der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH(gewog) im Jahr 2013 eine zweckgebundene Zuwendung zur Errichtung von barrierefreiem Wohnraum mit Belegungsrecht durch die Gemeinde Kleinmachnow in der Heinrich-Heine-Straße (Geltungsbereich des B-Planes KLM-BP-019-8) in Höhe von 400.000,00 €. Die Einzelheiten sind in einem Zuwendungsbescheid festzulegen. Die Auszahlung erfolgt gestaffelt in zwei Teilbeträgen von jeweils 200.000,00 €. Die Mittel sind im Haushalt 2013 einzuplanen.
2. Zur Belegung des barrierefreien Wohnraumes in der Heinrich-Heine-Straße wird die „Richtlinie zur Vergabe von Wohnraum im Barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße“ (vgl. Anlage 1) beschlossen.

Anlagen:

1. Richtlinie zur Vergabe von Wohnraum im barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße
- nur zur Information:*
2. Schreiben gewog vom 08.06.2012

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Warnick teilt die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 6 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Kulturausschuss 7 Ja / 0 Nein / 1 Enth.

Herr Harmsen möchte folgende Fragen beantwortet haben:

- Es ist die Anzahl der barrierefreien Wohnungen, die mit dem Zuschuss geschaffen werden, mitzuteilen.
- Wie ist die Relation zwischen den Gesamtbaukosten für dieses Projekt und dem Zuschuss der Gemeinde?
- Warum soll aufgrund der Baugenehmigung ein Zuschuss gezahlt werden. Die erhöhten Baukosten sind doch im Wesentlichen im Sanitärtrakt enthalten.
- Warum werden die Gewinne, die in den letzten Jahren erwirtschaftet wurden, dafür nicht verwendet?

Herr Warnick informiert, dass dem Aufsichtsrat der gewog eine Beschlussvorlage vorlag, aus der hervorgeht, dass 46 barrierefreie Wohnungen errichtet werden sollen. Des Weiteren informiert Herr Warnick, dass die Wohnungsgesellschaft nicht in eine finanzielle Schieflage, aber durch die Zahlung einer höheren Summe an den WAZV (Altanschießer) in eine finanziell etwas schwierige Lage geraten ist.

Herr Warnick macht jedoch deutlich an, dass er dem Bau nur zustimmen wird, wenn die Mietobergrenze von 8,00 €/m² nicht überschritten wird. Höhere Mieten können sich die Senioren/innen, für die diese Wohnungen errichtet werden sollen, nur schwer leisten.

Der Zuschuss soll gewährt werden, jedoch ist eine Vergaberichtlinie dringend notwendig.

Herr Tauscher merkt an, dass die Verwaltung voraussetzt, dass allen Gemeindevertretern die Informationen aus allen vorangegangenen Sitzungen bekannt sind. Aus seiner Sicht wäre es daher hilfreich, wenn nochmals alle Unterlagen zu diesem The-

ma verteilt werden. Der Zuschuss soll aus Sicht der CDU gewährt werden.

Frau Grohs informierte aus dem Kulturausschuss, dass z. B. eine stärkere Berücksichtigung von Behinderten gefordert wird. Weiterhin berichtet Frau Grohs, dass die Größe der Wohnungen dabei eine wichtige Rolle spielt. Dazu liegt der Kämmerin ein Schreiben der gewog vor, woraus das Ergebnis einer Umfrage hervorgeht, welche Wohnungsgrößen bevorzugt gewünscht werden. 120 Personen wurden befragt. Davon würden 69 Personen eine Wohnung über 50 m² (2 Raum-Wohnung) und 25 Personen eine Wohnung bis 50 m² (2 Raumwohnung) bevorzugen.

Herr Tauscher würde es sehr begrüßen, wenn das Schreiben der gewog allen Finanzausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden würde.

Frau Vogdt bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen von Herrn Harmsen.

Weiterhin macht Sie deutlich, dass sich am Mietspiegel orientiert werden sollte. Wer eine solche Wohnung haben möchte, aber diese nicht finanzieren kann, hat andere soziale Möglichkeiten.

Frau Vogdt weist auf das Antidiskriminierungsgesetz hin. Ist von Seiten der Verwaltung geprüft worden, ob eine Vergaberichtlinie erstellt werden darf? Sie bittet um eine schriftliche Mitteilung dazu.

Frau Schwarzkopf teilt mit, dass es wohl derzeitig bereits über 200 Anmeldungen für diese Wohnungen geben soll.

Sie bittet um Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Frau Zulla möchte wissen, warum der erwirtschaftete Gewinn der gewog nicht für dieses Vorhaben verwendet wird.

Herr Warnick verweist dazu auf seine Ausführungen zu Beginn der Diskussion.

Herr Jerzembek bezieht sich auf das Schreiben der gewog vom 08. Juni, mit dem Wortlaut: "In Gesprächen wurde mitgeteilt, dass letztendlich eine Unterstützung in Höhe von insgesamt 400.000,00 EURO möglich ist." Genau diese Obergrenze schöpft die gewog nun aus und möchte den Zuschuss von 400.000,00 EURO haben.

Er möchte wissen, wer diese Obergrenze festgelegt hat?

Dazu informiert Herr Warnick, das die ursprünglich von der Gemeindevertretung vorgeschlagene Summe mal bei 800.000,00 € lag. Im Zuge früherer Haushaltsberatungen wurde die Summe dann auf 400.000,00 € reduziert.

Ohne dem Zuschuss der Gemeinde von 400.000,00 € würde die m²-Kaltmiete von 8,00 € nicht realisiert werden können. Aus seiner Sicht ist dies aber wichtig, da sonst die Wohnungen für die zu unterstützende Gruppe älterer Kleinmachnower nicht bezahlbar werden.

- Herr Templin nimmt ab 19:30 Uhr an dieser Sitzung teil.
Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Dieser Aussage kann sich Frau Schwarzkopf nicht anschließen. Dieser Bau wird mit ganz anderen Richtlinien bedient, was die Energetik betrifft. Die Energiekosten für diese Wohnungen werden sehr niedrig sein. Wenn jetzt von einer Kaltmiete gesprochen wird, werden aber keine hohen Energiekosten hinzukommen. Eine geringe Kaltmiete kann auch nur gehalten werden, wenn die Ansprüche nicht so hoch sind. Laut Herrn Templin geht es hierbei darum, ob die Förderrichtlinie dem Förderzweck gerecht wird. Dazu hat sich der Kulturausschuss positioniert.

Er vertritt die Meinung, dass diese Wohnungen vorrangig auch die Menschen bekommen sollten, die eine barrierefreie Wohnung benötigen.

Herr Tauscher hält fest, dass die Diskussion zur Förderrichtlinie noch sehr große Meinungsunterschiede aufzeigt. Aus seiner Sicht wäre es daher sinnvoll, wenn die vorliegende Beschlussvorlage geteilt abgestimmt wird.

Herr Warnick bittet die Verwaltung, dass der Vorschlag dahingehend verändert wird, dass zwar die Zusage des Zuschusses beschlossen wird, jedoch nur unter der Maßgabe, dass eine entsprechende Vergaberichtlinie zeitnah zu erarbeiten ist. Die gewog hätte somit die Zusage, dass sie den Zuschuss bekommen würde und die

Kämmerin könnte dies so in den Haushalt 2013/14 einplanen. Die Erarbeitung der Richtlinie wird aber noch eine Zeit in Anspruch nehmen.

Frau Grohs merkt an, dass unter der Maßgabe, dass die Richtlinie bis zum 31.12.2012 zu beschließen ist, die Verwaltung mitgehen könnte.

Maßgabe:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Verwaltung, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die zweckgebundene Zuwendung im Punkt 1 der Vorlage beschlossen, aber nur unter der Maßgabe zur Verfügung gestellt wird, dass bis zum 31.12.2012 die unter Punkt 2 der Vorlage angesprochene Vergaberichtlinie überarbeitet und von der Gemeindevertretung beschlossen wurde.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 106/12 mit der Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 106/12 mit der Maßgabe erfolgt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

TOP 6	Uferweg Teltowkanalau, hier: Abschnitt Friedensbrücke- Rammrathbrücke	DS-Nr. 100/12
--------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Vorplanung vom 30.05.2012 zum Bau eines Rad- und Wanderweges entlang des Teltowkanals, Nordseite, zwischen Friedens- und Rammrathbrücke wird gebilligt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausführung durch den Bauhof auf dieser Grundlage vornehmen zu lassen.

Prämissen der Bauausführung:

- Wegbreite 2,0 m, beidseitig 0,5 m breite Bankette
- Länge des Weges ca. 800 m
- Abstand zur vorhandenen Uferlinie (Spundwand) von mind. 3 m und max. 12 m
- wasser- und luftdurchlässiger Aufbau (Kalksteinschotter-Tragschicht 15 cm, Kalksteinsplitt-Deckschicht 3 cm, Einfassung mit niveaugleich eingebauten Holzbohlen).

Anlagen:

- (1) Übersichtsplan des Wegeabschnittes
- (2) fünf Blatt farbige A3-Pläne mit der Vorplanung des Büros Seebauer, Wefers und Partner GbR vom 30.05.2012
- (3) sechs Seiten Erläuterungstext des Büros Seebauer, Wefers und Partner GbR vom 31.05.2012

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Sie macht darauf aufmerksam, dass die Anlage (A3-Zeichnungen) heute nochmals als Tischvorlage verteilt werden, da beim Kopieren ein Fehler unterlaufen ist. Sie bittet diesbezüglich um Entschuldigung.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 6 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Umweltausschuss 5 Ja / 1 Nein / 1 Enth.

Herr Tauscher hat bereits im Umweltausschuss nachgefragt, ob es vertretbar ist, bezogen auf den zweiten Punkt des Beschlussvorschlages, dass die Verwaltung den Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow mit den Ausführungen beauftragt.

Warum gibt es dafür keine Ausschreibung.

Herr Brinkmann führte dazu im Umweltausschuss aus, dass eine Ausschreibung nur teurer wird. Diese Art, eine Maßnahme zu beschließen mit der gleichzeitigen Koppelung, wer den Auftrag ausführen soll, findet er nicht glücklich.

Frau Grohs weist daraufhin, dass diese Diskussion im Umweltausschuss ebenso geführt wurde. Dort wurde zugesichert, dass speziell zu dieser Aussage eine Präzisierung bis zum Hauptausschuss erfolgen wird.

Herr von Wnuk-Lipinski schließt sich den Worten von Herrn Tauscher an. Auch er findet es bedenklich, so zu verfahren. Dieses Thema gab es auch beim Bau der Außenanlagen der Steinweg-Schule. Dort lag der Leistungsumfang deutlich über 100.000,00 € und es wurde ohne Ausschreibung die Leistungen an den Bauhof vergeben. Aus diesem Grund sollte der Änderungsantrag hier gestellt werden, dass die Leistungen grundsätzlich entsprechend der Vergabeordnung der Gemeinde Kleinmachnow zu vergeben sind.

Herr von Wnuk-Lipinski merkt an, dass ja immer wieder von einer sachkundigen Verwaltung gesprochen wird. Daher sollte es doch dem Sachgebiet Tiefbau möglich sein, mit einer Fachfirma, die in einem beschränkten oder öffentlichem Ausschreibungsverfahren gefunden wird, ebenfalls diesen Auftrag ausführen zu können, ohne 50 %ige Mehrkosten.

Er spricht sich deutlich gegen eine freihändige Vergabe aus.

Er weist in diesem Zusammenhang auf eine Aussage des Bürgermeisters Herrn Grubert hin, der seinerzeit einmal äußerte, dass der Bauhof der Gemeinde Kleinmachnow für Pflege- und Instandhaltungsarbeiten zuständig sei.

Frau Vogdt schließt sich den Worten von Herrn Wnuk-Lipinski an. Aus ihrer Sicht ist das ein „Totschlagargument“, wenn gesagt wird, Ausschreibungen sind zu teuer und deshalb wird der Auftrag an den Bauhof gegeben. Damit wird der Sinn und Zweck von Vergaberichtlinien ausgehebelt. Sie plädiert ebenfalls für eine Maßgabe. Herr Templin vertritt die Meinung, dass sowohl fachlich gut, aber auch kostengünstig gearbeitet werden soll. Dies muss aber transparent dargelegt werden. Es muss Klarheit geschaffen werden, ob es nicht doch eine Firma gibt, die eventuell kostengünstiger als der Bauhof arbeitet.

Herr Jerzembek macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Teltow von diesem Vorhaben ebenfalls betroffen ist. Ist diese Maßnahme mit Teltow abgestimmt? Es könnte sonst zu einem Klageverfahren kommen.

Frau Schwarzkopf fragt nach, was passieren würde, wenn dies tatsächlich teilweise Teltower Gebiet wäre.

Dazu merkt Herr Warnick an, dass die Gemeinde Kleinmachnow nach Kommunalrecht dort gar nicht bauen dürfte. Dies muss vorher geklärt werden.

Maßgabe:

Die Verwaltung wird zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages beauftragt, die Ausführung entsprechend der Vergabeordnung der Gemeinde Kleinmachnow auszu-schreiben.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 100/12 mit der Maßgabe zur Abstimmung.
Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 100/12 mit der Maßgabe erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 7	Uferweg Teltowkanalauae, hier: Abschnitt nördlich Campingplatz	DS-Nr. 127/12
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Herstellung der Verkehrssicherheit auf dem ehemaligen Kolonnenweges eine Asphaltdünnschicht in einer Breite von 2,5 m aufzubringen.

Von einer detaillierten Vorplanung kann abgesehen werden, da in der Örtlichkeit bereits ein Weg verläuft.

Anlagen:

(1) Übersichtsplan des Wegeabschnittes

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 6 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Umweltausschuss 6 Ja / 0 Nein / 1 Enth.

Herr Harmsen fragt nach, wann die Grundstücke angekauft wurden.

Dazu teilt Frau Grohs mit, dass es sich hierbei um Grundstücke handelt, die zu einem sehr niedrigen Kostenpreis angekauft wurden. Dies bedarf nicht der Genehmigung der Gemeindevertretung, sondern ist Geschäft der „laufenden Verwaltung“. Diese Grundstücke sind in den vergangenen Jahren angekauft worden.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 127/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 127/12 erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

TOP 8	Straßenbau Schopfheimer Allee Aufhebung der DS-Nr. 004/11 vom 10.02.2011 und Neufassung zum geänderten Bauprogramm	DS-Nr. 109/12
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss zur DS-Nr. 004/11 vom 10.02.2011 „Straßenbau Schopfheimer Allee“ wird aufgehoben.
2. Mit der DS-Nr. 109/12 wird der Beschluss „Straßenbau Schopfheimer Allee“ mit geändertem Bauprogramm neu gefasst, um eine ordnungsgemäße Erschließung des Seeberggebietes westlich von der Karl-Marx-Straße und nördlich des Adolf-Grimme-Ringes durch Erweiterung und Verbesserung der Erschließungsanlagen sicher zu stellen.

Das Bauprogramm umfasst folgende Parameter (**Änderungen werden kursiv/fett dargestellt**; dahinter in Klammern Inhalt der DS-Nr. 004/11):

- Herstellung der Fahrbahn in Asphalt, beidseitig Gossen aus Granitgroßsteinpflaster, Breite 50 cm, Einfassung Fahrbahn mit Granithochborden, **Fahrbahnbreite**

- von Karl-Marx-Straße bis Kurve vor Anbindung Adolf-Grimme-Ring 5,90 m, Kurvenbreite vor Anbindung Adolf-Grimme-Ring 7,25 m, Kurvenbreite nach Anbindung Einmündung Adolf-Grimme-Ring 7,00 m, zwischen beiden Kurven Fahrbahnbreite 6,50 m, Fahrbahnbreite von Kurve nach Anbindung Adolf-Grimme-Ring bis Wendeanlage 6,00 m** (vorher 5,50 m),
- Verkehrsberuhigende Maßnahmen sind: Einbau von rotem Betonpflaster im Bereich der Einmündung Adolf-Grimme-Ring, Pflasterung von Aufmerksamkeitsfeldern mit rotem Granit im Bereich des Eingangs der Waldorf-Schule, **Fahrbahnneinengung entfällt** (Einengung der Fahrbahn auf 5,00 m im Bereich des Wohnhauses Höhe Spandauer Teich),
 - Widmung des Neubaus als Fahrradstraße,
 - Befestigung der Gehwege mit Betonplatten MultiTec-Farbe beige, erdbräun nuanciert, Stärke 8 cm,
 - Herstellung von Längsparkplätzen vor dem Grundstück der Waldorf-Schule mittels Granitgroßsteinpflaster mit Rasenfuge,
 - geschlossene Regenentwässerung mit Vorflut in den Spandauer Teich über die vorhandene Regenwassereinigungs- und Absetzanlage,
 - Fahrbahnbeleuchtung: dekorative Beleuchtung, Bauart gleich wie Adolf-Grimme-Ring ausgestattet mit Energiesparleuchten,
 - **Kreisverkehr 30 m Durchmesser mit Ein- und Ausfädelspuren für 15-m-Busse** (Kreisverkehr Durchmesser 25 m),
 - **Einmündungsradien auf die Karl-Marx-Straße nördlich 10 m, südlich 8 m**, (vorher 6 m),
 - **Entsiegelung entfällt** (auf dem bisherigen Erschließungsweg von der Karl-Marx-Straße bis ehemaligem Pförtnerhaus werden die Asphaltdecke und der Unterbau entfernt).
3. Die für den Straßenbau zusätzlich erforderlichen Mittel (nach jetziger Schätzung) in Höhe von 200.000,00 Euro, sind für das Haushaltsjahr 2013 einzuplanen.

Anlagen:

Beschlussrelevant:

- A 1 – Lagepläne Blatt 1 – 3, Stand 09.07.2012/Bauprogramm
A 2 – DS-Nr. 004/11 (ohne Anlagen)

zur Information:

- A 3 – Gutachterliche Stellungnahme zur ordnungsgemäßen Erschließung Schopfheimer Allee, Endfassung von Juli 2012, Dr. Ing.- Reinhold Baier

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 3 Ja / 3 Nein / 0 Enth.

Umweltausschuss 3 Ja / 4 Nein / 0 Enth.

Abschließend informiert die Kämmerin, dass die Verhandlungen mit der BBIS und dem Bürgermeister, hinsichtlich der Kostenbeteiligung, noch nicht beendet sind.

Herr von Wnuk-Lipinski bittet um Erläuterung seitens der Verwaltung was sich nun geändert hat.

Frau Grohs macht darauf aufmerksam, dass alles was sich geändert hat, fett und kursiv in der Beschlussvorlage dargestellt wurde.

Aus der Sicht von Herrn von Wnuk-Lipinski haben wir hier ein Politikum vor uns. Er führt aus, dass die Gemeinde Kleinmachnow aus seiner Sicht einen schwierigen Vertragspartner hat. Es ist ein Vertragspartner, der alles Gute für sich haben will und

alles Schlechte bei uns belässt und der am liebsten dort alles bebaut hätte. Wir haben einen Vertragspartner der Durchgangsrechte gewährt und am Ende einen Hochsicherheitszaun ohne Durchgangsmöglichkeiten realisiert. Wir haben einen Vertragspartner der dem Bürgermeister, der nun leider Landrat ist, einen städtebaulichen Vertrag gewährt hat und diesen allen damaligen Gemeindevertretern vor-enthalten hat. Er sozialisiert die Kosten und privatisiert die Gewinne. Es gibt keine weitere Anliegerstraße in Kleinmachnow, die eine derartige Kostenteilung hat. Im Gegenteil, in der Regel liegen 80 % der Kosten beim Anlieger und nicht 20 %, wie in diesem Fall. Und nun müssen wir hören, dass dieser Vertragspartner uns wiederholt und auch aktuell letztendlich erpresst. Dieser lehnt die Verlängerung des Mietvertrages der Grundschule Auf dem Seeberg ab.

Herr von Wnuk-Lipinski wird sich gegen diese Kostenerhöhung aussprechen und plädiert dafür, das Bauprogramm in der Hoheit der Gemeinde so zu ändern, dass die von uns angedachten Kosten auch eingehalten werden können.

Herr Warnick informiert die anwesenden Ausschussmitglieder darüber, dass die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden ein Schreiben des Bürgermeisters vom 08. August 2012 erhalten haben, jedoch mit der Bitte um vertrauliche Behandlung.

Herr von Wnuk-Lipinski gibt dazu eine persönliche Erklärung ab:

Diese Information ist mir durch Dritte zugetragen worden und nicht von meinem Fraktionsvorsitzenden.

Herr Tauscher bezieht sich auf den Satz in der Problembeschreibung/Begründung: "Da die Zeiten des geplanten Straßenbaus deutlich überschritten wurden, sind die Medienversorgungsunternehmen nicht mehr in der Lage, eigene Mittel zur Verfügung zu stellen, so dass sich hier Kostenteilungen entsprechend der Konzessionsverträge bemerkbar machen." Wie ist dieser Satz zu verstehen? Was hat die Verwaltung bisher dazu unternommen? Ist mit E.ON/edis verhandelt worden um eine Beteiligung zu erhalten?

Herr Templin sieht es als Aufgabe an, vorrangig die Interessen unserer Kinder der Gemeinde zu vertreten. Die Grundschule Auf dem Seeberg wurde von Seiten der Gemeinde angemietet. Bisher ist es zum Straßenausbau nicht gekommen, weil der Vermieter weitergehende Wünsche an diese Straße hatte und damit seiner Verpflichtung nicht nachkam, unseren Kindern einen sicheren Schulweg zu ermöglichen. Aus Sicht von Herrn Templin liegt die Verpflichtung beim Vermieter.

Im städtebaulichen Vertrag ist festgelegt, dass die Gemeinde Kleinmachnow die Straße baut und der Beitrag der BBIS auf ca. 250.000,00 € gedeckelt wird. Das heißt aber nicht, dass dies 80 % sein können. Mit welcher Berechtigung wurde diese Summe vom damaligen Bürgermeister festgelegt? Herr Templin geht davon aus, dass diese Summe den 80% der Gesamtkosten entspricht. Wünsche die der Eigentümer hat, kann er gern auf eigene Kosten umsetzen.

Im Interesse der Gemeinde Kleinmachnow wird es langsam Zeit, dass auch wir unsere Interessen mit allem Nachdruck wahren.

Herr Templin wird der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Frau Vogdt gibt zu Protokoll:

Ich bin sehr verwundert über das Vorgehen in dieser Finanzausschusssitzung. Wir sind jetzt, ich glaube beim fünften Top, wo wir über Beschlussvorlagen reden und bei jeder Beschlussvorlage war es so, dass es hieß, ja, das wird bis zum Hauptausschuss noch geliefert, jenes wird noch bis zum Hauptausschuss geliefert, der Ausschuss hat das gefordert und der Ausschuss hat das gefordert. Das ist aber immer nur durch die Diskussion hier hervorgekommen. Wir sollen etwas beschließen, wo wir gar nicht wissen, was da eigentlich noch zusätzlich an Informationen kommt. Hier bei diesem TOP ist es jetzt noch so, dass da ein geheimnisvolles Schreiben vom Bürgermeister an fünf oder sechs Leute verteilt wird, da darf nicht drüber geredet werden, natürlich wird darüber geredet, wir sind alle lange genug im politischen Geschäft, dass man das weiß, meistens steht es schon in der Zeitung, es ist vielleicht noch Sommerpause

bei den Journalisten. Ich finde es nur ein Unding, wir sollen hier über etwas beschließen und wir wissen gar nicht was in diesem Schreiben vom Bürgermeister steht, was er eigentlich will. Dann ziehen Sie bitte diese Unterlage zurück und sagen, jetzt haben wir solange gewartet, das ist eine NeverEnding Story, jetzt können wir auch noch bis zum nächsten Finanzausschuss warten. Es ist eine Unverschämtheit. Wirklich.

Herr von Wnuk-Lipinski fragt Herrn Warnick, ob es nicht den Antrag gibt, zurück in die Verwaltung?

Frau Vogdt bittet nochmals die Verwaltung darum, diese Drucksache zurückzuziehen.

Herr Warnick informiert nach Prüfung der Geschäftsordnung, dass eine Verweisung zurück an die Verwaltung nur in einer Gemeindevertretersitzung möglich ist. In diesem Fall kann die Drucksache nicht an die Verwaltung verwiesen werden. Hier würde nur ein Ablehnen der Drucksache möglich sein, jedoch kann die Verwaltung selbst ihre Drucksache jederzeit zurückziehen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 109/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 109/12 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 9	Grundsatzbeschluss zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Weinbergviertel	DS-Nr. 108/12
--------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Straßenbeleuchtung in den Straßen: Am Weinberg, Im Tal und Winzerweg soll grundhaft entsprechend den heutigen DIN-Normen erneuert werden.

Die für diese Baumaßnahme erforderlichen Planungen und Untersuchungen – lichttechnisches Projekt, insbesondere zu Kosten LED-Leuchten im Vergleich zu herkömmlichen NAV - sind bis zur Entwurfsplanung (Grundlage für das Bauprogramm und den Errichtungsbeschluss) fortzuführen.

Anlagen

Anlage 1 – Technische Untersuchung der Straßenbeleuchtungsanlagen im Weinbergviertel, Elektroplanungsbüro Böhmert, 09.07.2012

Zur Information:

Anlage 2 – Lageplan der vorhandenen Straßenbeleuchtungsanlage

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 3 Ja / 1 Nein / 2 Enth.

Umweltausschuss 6 Ja / 1 Nein / 0 Enth.

Herr Tauscher berichtet, dass im Jahr 2010 eine Beschlussvorlage „Erneuerung der Fahrbahnbeleuchtung und Neubau der Gehwegbeleuchtung in der Karl-Marx-Straße“ zur Beratung und Beschlussfassung stand. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch Untersuchungen angestellt worden, welche Methode als Lichtquelle verwendet wird.

Aus seiner Sicht ist eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Weinbergviertel,

aufgrund des Alters der Lampen und Masten, durchaus erforderlich.

Herr Templin merkt an, dass hier ein Wohnviertel mit neuer Straßenbeleuchtung ausgestattet werden soll. Es gibt dazu Empfehlungen vom Naturschutzbund (NABU). Diese sollten bei der Planung berücksichtigt werden, da einen Großteil dieser Kosten die Anwohner tragen sollen.

Frau Vogdt äußert sich verwundert darüber, dass hier schon wieder über Planungskosten diskutiert wird. Sie kann sich daran erinnern, dass die Straßenlaternen in der Karl-Marx-Straße im Herbst letzten Jahres bzw. im Frühjahr dieses Jahres aufgestellt wurden. Dafür gab es eine Untersuchung, welche Lampen können aufgestellt werden. Warum soll dann jetzt schon wieder eine Untersuchung durchgeführt werden?

Frau Schwarzkopf weist darauf hin, dass es eine Förderung von 30 % gibt, wenn mit einer Neueinrichtung einer Straßenbeleuchtung eine Energieeinsparung von 20 % erreicht wird. Sie bittet darum, dass Herr Brinkmann speziell darauf hingewiesen wird. Herr Harmsen äußert den Wunsch, dass eine Auflistung erarbeitet wird, wo die ältesten Laternen stehen. Nach dieser Liste sollte dann ein Austausch der Straßenlaternen erfolgen und nicht nach dem Zufallsprinzip.

Herr von Wnuk-Lipinski macht deutlich, dass die Straßenbeleuchtung ein kompliziertes Gebiet ist. Eine Planung ist daher sehr wichtig, weil viele Faktoren, z. B. der Straßenbelag, ausschlaggebend und zu berücksichtigen sind.

Herr Tauscher berichtet, dass Herr Brinkmann im Umweltausschuss ein Blatt verteilt hat, wo zu erkennen war, wo welche Laternen stehen und wie alt diese sind. Dieses Informationsblatt sollte auch dem Finanzausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Er empfiehlt, dieser Beschlussvorlage seine Zustimmung zu erteilen, auch im Hinblick auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Frau Zulla merkt an, dass die Anwohner in der Ginsterheide, aufgrund der anfallenden Kosten, seinerzeit keine neuen Straßenlaternen wollten. Mit wie viel Prozent Beteiligung müssen die Bürger rechnen?

Herr von Wnuk-Lipinski berichtet, dass in der Clara-Zetkin-Straße vor ca. zwei bis vier Jahren die Laternen erneuert wurden. Die Kosten für die Anlieger lagen damals bei zwei Grundstücken bei 600,00 € bis 700,00 €.

Herr Warnick berichtete, dass im Schleusenweg die Kosten bei ca. 300,00 € lagen.

Herr Ehlert möchte gern wissen, ob sich wenigstens auf einen Lampentyp geeinigt werden konnte, oder wird immer wieder ein neuer Lampentyp verwendet?

Frau Schwarzkopf erläutert dazu, dass allein in der Karl-Mary-Straße sechs verschiedene Lampen aufgestellt und getestet wurden.

Herr Warnick erinnert daran, dass diese Diskussion nicht in den Finanzausschuss gehört.

Herr Tauscher merkt abschließend an, dass Herr Brinkmann von der erwähnten Fördermöglichkeit informiert ist.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 108/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 108/12 erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

TOP 10

Änderung des Errichtungsbeschlusses DS-Nr. 158/11 für die Errichtung eines 2-geschossigen Anbaus an der Steinweg-Schule

DS-Nr. 122/12

Beschlussvorschlag:

1. Die Kosten der Kostengruppen 200 – 700 werden von 1.100.000 € auf 1.400.000 € angehoben.
2. Im Haushalt 2013 werden zusätzliche Mittel in Höhe von 300.000 € eingestellt.

Anlagen

1. Gegenüberstellung Kostenberechnung vom 15.09.2011 - Submissionsergebnisse vom Mai 2012
2. Zeitplanung

Herr Warnick stellt das von Herrn Henschke, Vorsitzender der Schulkonferenz, und von Frau Bertsch, Architektin, beantragte Rederecht zur Abstimmung.

Die Abstimmung des Rederechtes erfolgt einstimmig mit 5 Ja-Stimmen.

Frau Grohs erläutert vorab kurz die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Warnick teilt die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 1 Ja / 3 Nein / 2 Enth.

Kulturausschuss 3 Ja / 4 Nein / 1 Enth.

Frau Bertsch, Architektin, bedankt sich für das eingeräumte Rederecht.

Sie berichtet, dass das erzielte Submissionsergebnis auch sie kalt erwischt hat. Aus ihrer Sicht liegt das schlechte Submissionsergebnis unter anderem daran, dass der Zeitpunkt der Ausschreibung ein schlechter war. Die Firmen hatten ihre Auftragsbücher voll und daher werden dann erhöhte Preise angeboten. Wenn die Ausschreibung im Winter erfolgt, wird die Resonanz, erfahrungsgemäß, größer ausfallen.

Herr Henschke, Vorsitzender der Schulkonferenz, bedankt sich ebenfalls für das Rederecht. Er möchte die Gelegenheit nutzen, sich an dieser Stelle bei den Gemeindevertretern für das klare Bekenntnis für die Steinweg-Schule, zu bedanken.

Herr Henschke möchte an die Situation in der Schule erinnern. Es fehlen Unterrichtsräume. Die Förderung von „Sonderpädagogischen Maßnahmen“ findet auf dem Flur statt. Diese räumliche Situation wird sich aufgrund der Inklusion zukünftig noch weiter verschärfen. Der Anbau ist daher dringend notwendig. Er bittet an dieser Stelle um Zustimmung für die finanzielle Aufstockung.

Herr Tauscher findet die Ausführung der Architektin aufschlussreich. Aus seiner Sicht ist nun klar, dass die Aufstockung aufgrund einer Preisexplosion und nicht von Sonderwünschen erfolgen muss.

Er macht nochmals deutlich, dass sich die CDU-Fraktion immer für diese Schule ausgesprochen hat.

Des Weiteren sieht Herr Tauscher dringend Handlungsbedarf, im Hinblick auf den Brandschutz. Wenn auf den Fluren Tische und Stühle stehen, ist somit der Fluchtweg eventuell versperrt. Wenn dies so ist, muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Auch Herr Dr. Buchelt vertritt die Meinung, dass der Anbau in Angriff genommen werden sollte. Er möchte jedoch wissen, ob die Ausschreibung aufgehoben wurde. Kann ausgeschlossen werden, dass kein Bieter Schadensersatzansprüche, bei Aufhebung der Ausschreibung, stellen kann.

Herr Jerzembek regt an, darüber nachzudenken, den Kreis der Anbieter zu erweitern.

- Frau Vogdt nimmt ab 19:00 Uhr an dieser Sitzung teil.
Somit sind 6 Gemeindevertreter anwesend.

Frau Schwarzkopf teilt mit, dass Sie sich zu diesem Thema im Kulturausschuss enthalten hat. Seinerzeit war die Diskussion so, dass der Anbau für Theateraufführungen bzw. für Durchführungen von Festlichkeiten benötigt wird. Weiterhin merkt sie an, dass die Schulbedarfszahlen rückläufig sind. Sie wird der vorliegenden Beschlussvorlage keine Zustimmung erteilen.

Auch Herr Harmsen berichtet, dass die Aussage einmal lautete, den Anbau als Aula zu nutzen. Herr Henschke informierte aber, dass der Anbau für Unterrichtsräume benötigt wird. Herr Harmsen möchte nun wissen, ob der Anbau auch unter Berücksich-

tigung der „Inklusion“ geplant wurde.

Herr Tauscher macht darauf aufmerksam, dass in die Eigenherd-Schule bereits sehr viel Geld investiert wurde. Er hat den Eindruck, dass hier keine Gleichbehandlung der Schulen vorgenommen wird.

Frau Schwarzkopf kann diese Diskussion nicht nachvollziehen. Hier schaukeln sich zwei Schulen hoch. Wenn die eine Schule etwas hat, muss die andere es auch bekommen.

Herr Warnick fragt nach, ob das gesamte Projekt „gestorben“ ist, wenn der vorliegenden Drucksache keine Zustimmung gegeben wird, oder ob es möglich wäre, die Planung so umzustellen, dass die bisher eingestellten finanziellen Mittel ausreichen.

Frau Grohs teilt mit, dass dies die Schlussfolgerung aus einer Ablehnung wäre, jedoch unter der Berücksichtigung des jeweiligen Bedarfes. Wenn es bei den 1,1 Mio. € bleibt, wäre zu überlegen, ob eine Umplanung möglich ist und in welchem Rahmen sie dann stattfinden kann, d.h. welchen Gegebenheiten und mit welchen Raumkapazitäten.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 122/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 122/12 erfolgt einstimmig mit 3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

TOP 11

Installation einer Brandmeldeanlage an der Steinweg-Schule

DS-Nr. 120/12

Beschlussvorschlag:

1. An der Steinweg-Schule wird eine automatische Brandmeldeanlage für das Schulgebäude und alle damit verbundenen vorhandenen und geplanten Gebäudeteile (Mehrzweckgebäude und Anbau) sowie die Sporthalle installiert.
2. Hierfür werden im Haushalt 2013 100.000 € bereitgestellt.

Anlage:

1. Niederschrift über eine Brandverhütungsschau vom 19.01.2012
2. Honorarangebot nebst Kostenschätzung vom 24.04.2012

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs das Abstimmungsergebnis aus dem Fachausschuss mit:

Kulturausschuss 7 Ja / 0 Nein / 1 Enth.

Herr Templin ergänzt die Aussage von Frau Grohs mit der Anmerkung, dass es den Standard der Brandschutzanlage bereits an der Grundschule Auf dem Seeberg und der Maxim-Gorki-Gesamtschule gibt. Die Eigenherd-Schule soll diesen Standard auch noch bekommen.

Herr von Wnuk-Lipinski wird der vorliegenden Drucksache keine Zustimmung geben, obwohl er eine Brandmeldeanlage für zwingend erforderlich hält.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 120/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 120/12 erfolgt mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 12	Errichtungsbeschluss gem. § 16 KomHKV zur Sanierung des Pausenhofes der Eigenherd-Schule	DS-Nr. 092/12
---------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. Der Schulhof der Eigenherd-Schule wird im Jahr 2013 saniert.
2. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 300.000 € werden im Haushalt 2013 zur Verfügung gestellt.

Anlagen:

1. Entwurfsplanung
2. Zeitplanung
3. Kostenberechnung v. 12.06.2012

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 3 Ja / 3 Nein / 0 Enth.

Kulturausschuss 5 Ja / 3 Nein / 0 Enth.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte gern wissen, ob diese Maßnahmen automatisch im Haushalt 2013-2015 enthalten sind, wenn in der Septembersitzung dieser Grundsatzbeschluss getroffen wird?

Dazu informiert Frau Grohs, dass Grundsatzbeschlüsse nur mit ihren Planungskosten enthalten sind, sofern sie das Jahr 2013 betreffen.

Herr Tauscher findet leider keine Aussage darüber, wie groß ein Pausenhof (wie viel m²/Kind) sein muss. Er bittet dazu um eine Aussage.

Des Weiteren merkt Herr Tauscher an, dass von verschiedenen Fachbereichen unterschiedliche Vorlagen verteilt sind. Die Textgestaltung und die Gestaltung des Beschlusses sind sehr unterschiedlich. Aus seiner Sicht ist dies nicht sehr sachdienlich, wenn der Beschlussvorschlag nur lautet: „Der Schulhof der Eigenherd-Schule wird im Jahr 2013 saniert.“ Lauten müsste der Beschlussvorschlag: „Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Planungs- und Vorbereitungsarbeiten durchzuführen, um eine Sanierung zu ermöglichen.“

Herr Tauscher bittet nochmals um eine einheitliche Formulierung bei den Drucksachen.

Frau Grohs wird dies an alle Fachbereichsleiter weitergeben. Frau Konrad wird bis zum Hauptausschuss gebeten, die hier vorliegende Drucksache mit einer neuen Formulierung einzubringen.

Herr von Wnuk-Lipinski unterstützt die Aussage von Herrn Tauscher.

Es hieß einmal, dass Baumaßnahmen grundsätzlich über das Bauamt und nicht über den Fachbereich Schule/Kultur laufen.

Weiterhin teilt er mit, dass er mit der Vorgehensweise grundsätzlich ein Problem hat.

Das Problem besteht aus seiner Sicht darin, dass kurz vor Verabschiedung eines Haushaltes ein Errichtungsbeschluss vorgelegt wird, dessen Kosten voll den Haushalt 2013 belasten.

Das Ergebnis des Haushaltes 2011 ist noch nicht bekannt. Demzufolge ist auch das Ergebnis von 2012 nicht bekannt.

Er ist zwar dafür, dass die Schulhöfe saniert werden. Beide Schulhöfe haben es aus seiner Sicht nötig. Jedoch erst dann, wenn sich die Gemeinde dieses auch leisten kann. Dieser Errichtungsbeschluss gehört mit in den Haushalt.

Frau Grohs informiert, dass in den letzten Jahren die Diskussionen zum Haushalt so geführt wurden, dass es dabei auch immer um die Eckwerte ging. Die Verfahrensweise zu den Errichtungs- und Grundsatzbeschlüssen wurde ebenfalls diskutiert. In

der Vergangenheit war es so, dass die Errichtungsbeschlüsse, vorsichtig ausgedrückt, nicht immer erfolgt sind, sondern erst dann mit dem Haushaltsentwurf vorgelegt wurden. Insofern überrascht die Aussage von Herrn von Wnuk-Lipinski.

Herr Templin gibt Frau Grohs nachdrücklich recht. Diese Handhabung hat die Gemeindevertretung immer so gefordert. Ihre Vorgehensweise ist absolut richtig.

Bezogen auf diesen Errichtungsbeschluss ist festzuhalten, dass federführend der Fachbereich Schule/Kultur ist, aber der Fachbereich Bauen/Wohnen muss diese Maßnahme mit befürworten.

Frau Vogdt wünscht einen Überblick der letzten 10 bis 20 Jahre, was in den Kleinmachnower Schulen investiert wurde und noch investiert werden muss.

Frau Grohs wird diese Bitte an die entsprechende Fachbereichsleiterin herantragen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 092/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 092/12 erfolgt mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 13	Grundsatzbeschluss zur Sanierung des Schulhofes der Maxim-Gorki-Gesamtschule	DS-Nr. 093/12
---------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Schulhof der Maxim-Gorki-Gesamtschule wird saniert.

Anlage:

1. Lageplan

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 6 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Kulturausschuss 8 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Herr Tauscher kritisiert die Formulierung des Beschlussvorschlages.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 093/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 093/12 erfolgt einstimmig mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 14	Grundsatzbeschluss zur Sanierung und Nutzung des Gebäudes Karl-Marx-Str. 117	DS-Nr. 123/12
---------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. Das Gebäude Karl-Marx-Straße 117, 14532 Kleinmachnow, wird saniert.
2. Das Gebäude soll durch den Heimatverein als Heimatmuseum und Büro genutzt werden.

Anlagen:

1. Lageplan
2. Grundriss
3. Konzept für ein Kleinmachnow-Museum des Heimatvereins Kleinmachnow vom

03.02.2012

4. Beschluss des Vorstandes des Heimatvereins vom 28.06.2012
5. Mitteilung über die Eintragung eines Denkmals vom 05.03.2012

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss 5 Ja / 0 Nein / 1 Enth. und mit Maßgabe

Kulturausschuss 7 Ja / 1 Nein / 0 Enth. und mit Maßgabe

Aufgrund der formulierten Maßgaben aus den Fachausschüssen meldet Frau Grohs Bedenken an. Aus Ihrer Sicht kann nicht geplant werden, wenn nicht klar ist, wie das Objekt genutzt werden soll.

Herr Templin merkt an, dass er diese Maßgabe im Kulturausschuss eingebracht hat und er wird diese hier auch im Finanzausschuss formulieren.

Aus seiner Sicht muss eine Maßgabe formuliert werden, da sonst das Haus in der Karl-Marx-Straße so saniert wird, wie es der Heimatverein gern möchte.

Herr Warnick hat persönlich mit dieser Drucksache ein Problem. Aus seiner Sicht gehört der Heimatverein langfristig gesehen in das Alte Dorf.

Herr Tauscher sieht als Priorität die Erhaltung des denkmalgeschützten Hauses in der Karl-Marx-Straße.

Herr Templin formuliert folgende Maßgabe:

Maßgabe:

Der Finanzausschuss empfiehlt, den 2. Satz im Beschlussvorschlag „Das Gebäude soll durch den Heimatverein als Heimatmuseum und Büro genutzt werden“, sowie im Betreff die Worte „und Nutzung“ zu streichen.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 123/12 mit der Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 123/12 mit der Maßgabe erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 15

Grundsatzbeschluss zum "Straßenbau Erlenweg" zwischen Heinrich-Mann-Straße und Kiefernweg

DS-Nr. 107/12

Beschlussvorschlag:

Die Straße Erlenweg im Abschnitt zwischen Heinrich-Mann-Straße und Kiefernweg soll erstmalig hergestellt werden. Der Straßenbau besteht aus den Teileinrichtungen:

- Fahrbahn,
- Gehwege,
- Straßenbeleuchtung
- Regenentwässerung und
- Grundstückszufahrten

Die für diese Straßenbaumaßnahme erforderlichen Planungen sind bis zur Entwurfsplanung (Grundlage für das Bauprogramm und den Errichtungsbeschluss) fortzuführen.

Bei der weiteren Planung soll die Vorplanung mit Stand 03. Mai 2012 gemäß Anlage

beachtet werden.

Anlage:

Vorplanung Stand 03. Mai 2012; Lagepläne 1 u 2

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Die Abstimmungsergebnisse der Fachausschüsse lauten:

Bauausschuss 6 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Umweltausschuss 7 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Diskussionsbedarf seitens der Finanzausschussmitglieder zu dieser Drucksache gibt es nicht.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 107/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 107/12 erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

TOP 16

Information zur Eckwerte-Haushaltsplanung 2013 einschließlich der Aufstellung einer Prioritätsliste zu Investitionsmaßnahmen 2013 ff. der Gemeinde Kleinmachnow

FINA 001/12

Herr Warnick dankt der Verwaltung, dass diese Zuarbeit noch vor der Sommerpause kam. Aus seiner Sicht ist dies der richtige Weg, um nicht wie im letzten Jahr, viele Sondersitzungen durchführen zu müssen, um den Haushalt zu verabschieden. Frau Grohs erläutert die vorliegende Information zur Eckwerte-Haushaltsplanung 2013.

Sie informiert, dass es trotz mehrfacher Nachfrage beim Landkreis bisher keine Aussage zum Kreisumlagesatz gibt.

Ziel der Verwaltung ist es, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Der Jahresabschluss 2011 liegt vor und wird in der nächsten Woche im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt und beraten. Dieser wird dann in der Septembersitzung der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Jerzembek wünscht eine Erläuterung der Prioritätsgruppen.

Frau Grohs erläutert die Prioritätsgruppen.

Die Prioritätsgruppen 4 und 5 sind die bisher noch nicht veranschlagten Investitionsmaßnahmen. Für diese gibt es noch keinen Errichtungsbeschluss bzw. Grundsatzbeschluss.

In der Prioritätsgruppe 3 befinden sich die, die in der Ersatzbeschaffung sind. Das heißt, wo Abschreibungen stattgefunden haben.

Die Prioritätengruppe 2 sind Maßnahmen, die mit Beschlüssen untersetzt sind.

Die Prioritätengruppen 1 bis 0 sind Maßnahmen, die bereits in der Haushaltsplanung vorhanden gewesen sind.

Herr von Wnuk-Lipinski dankt der Kämmerin und den Mitarbeitern für diese frühzeitige und sehr detaillierte Vorlage. Dem schließen sich alle Anwesenden an.

Herr von Wnuk-Lipinski fragt nach, ob die roten Zahlen Einnahmen und die schwarzen Zahlen Ausgaben sind? Dies bejaht die Kämmerin.

Zur Zeile 2 möchte er wissen, ob die Gemeinde für 1 Mio. € Wertpapiere verkaufen möchte. Dies verneint Frau Grohs. Sie erläutert, dass es einen Rückfluss eines Scheines gibt und der muss als Einzahlung in der Finanzplanung kenntlich gemacht werden.

Wie ändert sich die Liquidität vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2013, möchte Herr von Wnuk-Lipinski wissen.

Frau Grohs berichtet, dass der voraussichtliche Stand 2013, siehe Anlage 2 der Vor-

lage, zum Jahresanfang 4 Mio. € und mit der jetzigen Vorlage zum Jahresende 4,4 Mio. € sind. Unter Berücksichtigung aller Beschlüsse würde der Endbestand jedoch 3,7 Mio. € betragen. Dies sind die Zahlen nach jetzigem Stand.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte weiterhin wissen, ob es Mehr- oder Minderausgaben in den Personalkosten gibt. Ändert sich der Stellenplan, wenn ja wie. Was verbirgt sich hinter den Zahlen für Hard- und Software?

Frau Grohs teilt mit, dass diese Fragen nur der Büroleiter beantworten kann. Sie wird Herrn Piecha zur nächsten Finanzausschusssitzung einladen bzw. werden diese Anfragen schriftlich beantwortet.

Herr Tauscher merkt an, dass die Formulierung der lfd-Nr.: 33 und 34 „Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED-Technik“ nicht mehr sachgerecht ist. Ausreichend ist die Formulierung „Erneuerung der gesamten Straßenbeleuchtung“.

Dem stimmt die Kämmerin ebenfalls zu.

Herr Templin merkt an, dass es „Visions“-Maßnahmen gibt, die mit der Prioritäten-Gruppe 5 versehen sind. Die Sinnhaftigkeit ist aus seiner Sicht fraglich.

Herr Harmsen berichtet, dass ja die Absicht besteht, eine Freibad-Gesellschaft zu gründen. Wie wird damit umgegangen?

Frau Grohs führt dazu aus, dass es diesbezüglich noch keine Beschlussvorlage gibt. Diese Maßnahme hätte jedoch unter der Prioritäten-Gruppe 4 aufgeführt werden können. Sie macht aber deutlich, dass die hier vorliegende Prioritätenliste eine „lebende Liste“ ist, die sich kontinuierlich nach den jeweiligen Beschlüssen verändert.

Zum Thema „Gründung einer Freibad-Gesellschaft“ wird es in der nächsten Woche eine gemeinsame Sitzung aller drei Kommunen geben. Danach zeichnet sich vielleicht eine weitere Verfahrensweise ab.

Herr Templin äußert den Wunsch, dass diese Liste, fachbereichsbezogen, in den Fachausschüssen beraten werden sollte. Die Diskussionen müssen dort geführt werden.

Frau Grohs richtet abschließend die Bitte an die Ausschussmitglieder, diese Prioritätenliste in den Fraktionen zu besprechen und Vorschläge, Ergänzungen ect. an die Verwaltung heranzutragen. Dies ist für die Arbeit, auch für den Finanzausschuss, sehr hilfreich.

TOP 17 Erster Quartalsbericht im Jahr 2012

Dieser Tagesordnungspunkt ist auf Wunsch von Herrn von Wnuk-Lipinski aufgenommen worden.

Herr von Wnuk-Lipinski informiert, dass die Kämmerin seinerzeit zugesagt hat, dass es im Sommer einen ersten Quartalsbericht geben wird.

Dies bejaht Frau Grohs, weist jedoch auf ihre Ausführungen im letzten Finanzausschuss hin. Dort wurde mitgeteilt, dass der erste Quartalsbericht zum 30.06.2012 erstellt wird. Dies hat zur Folge, dass die Zuarbeit aus den jeweiligen Fachbereichen erfolgen muss. Der 30.06.2012 lag in diesem Jahr in der Ferienzeit. Frau Grohs gibt zu Protokoll, dass der Bericht mit der Einladung zum nächsten Finanzausschuss zugesandt wird.

TOP 18 Beteiligungsmanagement

Dieser Tagesordnungspunkt ist auf Wunsch von Herrn von Wnuk-Lipinski aufgenommen worden.

Herr von Wnuk-Lipinski informiert, dass die Kommunalverfassung ein Beteiligungsmanagement vorsieht. Wie geht die Verwaltung damit um?

Frau Grohs gibt zu Protokoll:

In der Gemeinde Kleinmachnow ist es so, dass der Fachbereich, dem ich vorstehe, Finanzen/Beteiligungen heißt. Seit ich im vergangenen Jahr hier angefangen habe, arbeiten wir daran, ein entsprechendes Beteiligungsmanagement zu erstellen. Sich also die unterschiedlichen Fakten zusammensuchen, was alles an Beteiligungsmanagement erfolgen soll. Nun hatten wir natürlich im vergangenen Jahr, wie Sie wissen, sehr viel Arbeit in der Kämmerei. Zwei Jahresabschlüsse, eigentlich zwei Haushaltspläne, die Quartalsberichte, den Jahresabschluss 2011. Ich gehe davon aus, dass wir bis zum Ende des Jahres ein entsprechendes „professionelles“ Konzept für das Beteiligungsmanagement und dann auch die entsprechende Abwicklung geklärt haben. Das Konzept wird dann mit dem Bürgermeister und einer entsprechenden personellen Untersetzung beraten. An der Stelle kann ich aber jetzt noch nicht vorgreifen, da wir intern noch nicht mit den Gesprächen zu Ende sind.

Herr Templin ist der Meinung, dass Frau Grohs für die Gemeinde Kleinmachnow Mitglied im Aufsichtsrat der gewog sein sollte.

Frau Grohs teilt dazu mit, dass die Kommunalverfassung vorsieht, dass der Beteiligungsverwaltung eine passive Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen eingeräumt wird.

TOP 19 P + E Stand und Entwicklung der Gesellschaft

Dieser Tagesordnungspunkt ist auf Wunsch von Herrn von Wnuk-Lipinski aufgenommen worden.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte gern wissen, was es Neues aus dem Aufsichtsrat der P & E gibt.

Frau Grohs informiert, dass die nächste Aufsichtsratssitzung für Montag, den 13. August 2012 geplant ist.

Herr von Wnuk-Lipinski möchte weiterhin wissen, ob es einen Geschäftsführer gibt. Dazu teilt Frau Grohs mit, dass der Bürgermeister derzeitiger Geschäftsführer ist.

TOP 20 Anfragen an die Verwaltung

Herr Dr. Buchelt möchte gern wissen, wie hoch die Einnahmen durch die Nutzung von Gemeindeland im Drachensteig sind. Dort lagern zwei große Container auf dem Gemeindeland.

Diese Frage wird schriftlich beantwortet.

Herr Harmsen fragt zum Thema „Investitionen - Schulen“. Welche Auswirkungen hat die „Inklusion“ auf die Kleinmachnower Schulen. Die Inklusion soll in zwei Jahren eingeführt werden. Werden dafür größere Investitionen notwendig?

Frau Grohs informiert dazu, dass zu diesem Thema bereits im Frühjahr 2012 eine Drucksache vorlag. Da wurde auf Auswirkungen hingewiesen.

Frau Grohs wird dies mit der Fachbereichsleiterin besprechen und sie bitten, beim Ministerium nochmals eine Anfrage zu starten, ob es aktuelle Informationen zum Thema „Inklusion“ gibt.

TOP 21 Sonstiges

Herr Warnick berichtet, dass es im Finanzausschuss eine Art „Tradition“ geworden ist, Sitzungen auch mal in anderen Räumlichkeiten durchzuführen. Der Finanzausschuss

tagte u.a. bereits im Freibad Kiebitzberge oder auch schon bei mobile.de.
Nun ist an ihn die Bitte herangetragen worden, dass die Finanzausschusssitzung einmal in der Seniorenfreizeitstätte „Toni Stemmler“ durchgeführt werden könnte. Dies könnte mit einer Besichtigung verbunden werden. Wie ist die Meinung der Ausschussmitglieder dazu?
Herr Templin spricht sich dagegen aus. Aus seiner Sicht würde es keine neuen Erkenntnisse bringen. Stattdessen könnte eine Ausschusssitzung in der Steinweg-Schule durchgeführt werden.
Herr Christall findet die Idee, im „Toni Stemmler“ zu tagen, gut.
Der Finanzausschuss spricht sich mehrheitlich dagegen aus.
Herr Warnick wird dies dem Förderverein „Toni-Stemmler“ so mitteilen.

Kleinmachnow, den 05.09.2012

Klaus-Jürgen Warnick
Vorsitzender des Finanzausschusses

Anlagen